

Kandidaten für Jugendparlament

Die jungen Menschen in Ditzingen haben es in der Hand: Sie wählen den neuen Jugendgemeinderat.

Von Franziska Kleiner

Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahl zum fünften Ditzinger Jugendparlament stehen fest: neun Mädchen und 15 Jungen kandidieren für das Amt des Jugendgemeinderats. Im Vergleich zur vorherigen Wahl im Jahr 2021 bedeutet dies ein größeres Kandidatennetz, acht Kandidaten mehr als 2021 treten zur Wahl an. Ihre politischen Ziele sind dabei völlig unterschiedlicher Art: fahrradfreundliches Ditzingen, genderneutrale Toiletten, mehr Sicherheit am Bahnhof und ein Trinkbrunnen für das Freizeitgelände Waldstraße stehen auf den Wahlprogrammen. Unter den Bewerbern sind sowohl Schüler aller Ditzinger Schularten, als auch Auszubildende vertreten. Ein leichter Überhang an Schülerinnen und Schüler aus ortsfremden Schulen zeichnet sich ab.

Bis Anfang März haben die Kandidaten Zeit, die Wählerinnen und Wähler von sich zu überzeugen: Wählen können Ditzinger Jugendliche im Alter zwischen 13 und 19 Jahren. Der Jugendgemeinderat hat zwölf Sitze und wird auf zwei Jahre gewählt.

Die Wahl findet im Zeitraum von 4. bis 8. März statt. Jede Wahlberechtigte erhält per Post die notwendigen Unterlagen mit dem Link und der TAN zugesandt. Bis spätestens Freitag, 8. März, 12 Uhr, besteht die Möglichkeit, per Online-Wahl abzustimmen.

Jeder Wähler hat zwölf Stimmen. Davon können den einzelnen Kandidaten maximal drei Stimmen gegeben werden. Jede weiterführende Schule erhält zwei Sitze. Zudem wird ein weiterer Platz an einen Jugendlichen vergeben, der keine Ditzinger Schule besucht, etwa ein Auszubildender. Wahlberechtigt sind alle Jugendlichen, die zwischen 13 und 19 Jahre alt sind und ihren Hauptwohnsitz seit mindestens drei Monaten in Ditzingen haben.

Die Wahlergebnisse werden am Freitag, 8. März, 18 Uhr im Bürgersaal Ditzingen bekannt gegeben. Die konstituierende Sitzung des neuen Jugendgemeinderates ist für Donnerstag, 21. März, 18 Uhr, geplant.

Hund verletzt eine Fußgängerin leicht

LEONBERG. Die Polizei sucht Zeugen zu einem Hundeangriff, der sich bereits am Dienstag, 15. Februar, im Leonberger Stadtteil Ramtel zugetragen hat. Eine 24-jährige Frau war zu Fuß in der Boblinger Straße unterwegs. Vor ihr ging eine unbekannte Frau, die einen Hund an einer ausziehbaren Leine führte. Während die 24-jährige die beiden in einem weiten Bogen überholte, sprang der Hund an der jungen Frau hoch und biss ihr in den Oberschenkel. Die Besitzerin des Hundes zog den Vierbeiner zurück und entschuldigte sich bei der Geschädigten. Anschließend gingen beide ihrer Wege.

Zuhause stellte die 24-jährige leichte Verletzungen und erstattete Anzeige. Die Hundehalterin dürfte nach Informationen der Polizei etwa 50 Jahre alt und zwischen 1,65 und 1,70 Meter groß sein. Sie hat graues Haar und trug eine Brille. Bekleidet war sie mit pinker Steppjacke und grauer Hose. Der schwarze Hund soll 40 bis 50 Zentimeter hoch sein. Er hat braune Zeichnungen im Gesicht, eine schmale Schnauze und Schlappohren. Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer: 0711/68 69-3 90 oder per E-Mail unter: ludwigsburg.p@polizei.lbw.de entgegen. *nam*

Kurz berichtet

Seniorenachmittag in der Kirchengemeinde Eitingen

LEONBERG. Der monatliche Seniorenachmittag der evangelischen Kirchengemeinde Eitingen mit Kaffee und Kuchen findet am Donnerstag, 29. Februar statt. Treffpunkt ist ab 14.30 Uhr in der Kirchbachstraße 23. *red*

In Rutesheim werden Flächenlose versteigert

RUTESHEIM. Die Flächenlose aus dem Stadtwald Rutesheim werden wieder in Form einer Versteigerung vergeben. Die Versteigerung – ausschließlich für Bürgerinnen und Bürger der Stadt – findet an diesem Donnerstag, 22. Februar, ab 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Neuen Rathauses Rutesheim statt. *nam*



Jetzt sitzt auch Leon wieder im Weil der Städter Storchenest

WEIL DER STADT. Seit einer Woche sitzt Leon wieder im Nest auf dem Storchenarm. Sabine Holzgertrson, die sich beim Naturschutzbund (Nabu) engagiert und inzwischen sogar ausgebildete Storchenbetreuerin ist, hat ihn anhand

der Ringnummer erkannt und freut sich, dass er nun zum dritten Mal den Weg in die Keplerstadt geschafft hat. Zu dumm, dass Heidi, die eigentlich bereits vor über zwei Wochen in Weil der Stadt angekommen ist, schon wieder

unterwegs ist. Jetzt bleibt abzuwarten, ob die beiden rechtzeitig zur Paarungszeit zusammenfinden – und bald wieder gefiederter Nachwuchs im Storchenest auf dem Storchenarm sitzt. *af*

Foto: Annette Fritsch

Freie Fahrt nur noch für Anlieger

Der Frieolzheimer Gemeinderat hat beschlossen, eine Verbindung zwischen Wimsheim und Frieolzhelm für die generelle Durchfahrt zu sperren.

Von Annika Mayer

Die Daimlerstraße zwischen Frieolzhelm und dem Wimsheimer Gewerbegebiet dient manchem Autofahrer als Abkürzung. Damit soll jetzt Schluss sein: Der Frieolzheimer Gemeinderat hat vor Kurzem dafür gestimmt, den Weg für die Durchfahrt zu sperren. An der Straße sollen Schilder aufgestellt werden, die nur Anliegern erlauben, dort zu fahren.

Der Verbindungsweg zweigt von der L 1175, der eigentlichen Verbindung von Frieolzhelm und Wimsheim, ab und führt in das Wimsheimer Gewerbegebiet. Er dient auch als Zufahrtsstraße zum Gartenhausgebiet Ameiser Grund. Für Fußgänger und Radfahrer ist die Verbindungsstraße nicht ungefährlich: Sie ist schmal, besitzt keinen eigenen Gehweg und keine Beleuchtung.

Bereits 2014 wurde deshalb im Zuge einer Verkehrsschau vorgeschlagen, den südlichen Bereich der Straße für Autos und Motorräder zu sperren. Die Straße habe keine hohe Bedeutung für den Fahrzeugverkehr, das Gewerbegebiet könne auch gut erreicht werden, wenn man über die L 1175, die Tiefenbronner Straße und dann den nördlichen Bereich der Daimlerstraße fährt.



Bald sollen auf der Straße zwischen dem Wimsheimer Gewerbegebiet und Frieolzhelm nur noch Anlieger fahren dürfen. *Foto: Simon Granville*

Die Sperrung der Straße wurde schon vor einigen Jahren im Gemeinderat in Frieolzhelm thematisiert, damals hat sich das Gremium allerdings dagegen entschieden. Die Gemeinderäte hatten damals andere Prioritäten gesetzt, formuliert es Bürgermeister Michael Seif. Jetzt landete die Maßnahme erneut als Teil des Freizeitkonzeptes auf der Tagesordnung.

Dieses wurde 2019 durch einen Antrag der Fraktionen der Freien Wählervereinigung und der CDU-Bürgerliste in den Gemeinderat eingebracht. In dem Konzept nimmt den Ausbau, die Sanierung und die Vernetzung der Rad- und Wanderwege in den Blick. 2022 diskutierte das Gremium die Reihenfolge der Maßnahmen und beschloss das Konzept. Die Sperrung des Verbindungs-

wegs zwischen Wimsheim und Frieolzhelm direkt verbindend, sollten beide Gemeinden damit einverstanden sein, den Weg zu entfernen und für die Öffentlichkeit zu sperren. Der Wimsheimer Gemeinderat hat bereits im vergangenen November seine Zustimmung signalisiert.

Auch die Frieolzheimer Gemeinderäte waren mehrheitlich für die Sperrung. Ganz ei-

nig war man sich jedoch nicht. Die Mitglieder der Fraktion bu.a.1 stimmten dagegen oder enthielten sich. Die Fraktionsvorsitzende Jane Brosch erläuterte auf Nachfrage, es sei nicht um die Sache an sich gegangen, sondern prinzipiell um das Thema Freizeitkonzept. In den letzten zwei Jahren ist nichts Erkennbares passiert, kritisierte sie. Es wirke so, als würde von den ganzen Maßnahmen nichts umgesetzt werden – obwohl es eine Bürgerbeteiligung gab und die Bewohner großes Interesse an dem Ausbau und der Sanierung der Wege hätten. Und jetzt wirkliche die Verwaltung nur eine einfache Maßnahme, bei der man ein Schild hinstellen muss, sagt Brosch.

Aus ihrer Sicht ist die Sperrung der Gemeindeverbindungsstraße kein Thema, das den Menschen auf der Seele brennt – im Gegensatz zu anderen Problemstellen wie dem Radweg am Benzenbuckel. Der sei marode und müsse saniert werden. Auch diese Maßnahme stehe auf der Prioritätenliste des Freizeitkonzeptes. Der Fraktion sei wichtig, dass alle Vorhaben umgesetzt werden, betont Brosch – und am besten müsste man sie parallel angehen, sonst dauere es ewig.

Bürgermeister Michael Seif wies die Kritik zurück. Das Freizeitkonzept sei vielschichtig, umfangreich, und die Maßnahmen hätten einen großen Abstimmungsbedarf bei den entsprechenden Behörden. Für die Verwaltung bedeute das Konzept viel Bearbeitungsaufwand. Die Sperrung der Verbindungsstraße sei ein erster Einstieg in die Umsetzung. Diese werde die Verwaltung in Zukunft weiterverfolgen.

Was wird aus dem Verkehr im Renninger Ortskern?

Gemeinderäte haben sich ein Konzept gewünscht, wie sich die Lage beruhigen und verbessern lässt. Das Ergebnis stellt sie nicht zufrieden.

Von Kathrin Klette

Ein Verkehrskonzept für das „Dreieck“ Bahnhofstraße, Jahnstraße, Schwabenstraße, Hauptstraße und Malmshofer Straße in Renningen wünschen sich die Gemeinderäte von den Grünen, der SPD und der FDP. Dahinter steht das Ziel, die Aufenthaltsqualität zu verbessern und eine Verkehrsberuhigung zu erzielen. Die Antwort der Stadtverwaltung: Sie erklärt in erster Linie, welche Hürden und Herausforderungen das Anlegen von neuen Spielstraßen bedeuten – die betroffenen Räte sind von der Sitzungsvorlage wenig begeistert.

Das ist für verkehrsberuhigte Bereiche sehr strikte Regeln gibt – zum Beispiel dürfen in der Straße nur maximal 4000 Autos am Tag verkehren, es darf keine abgetrennten Gehwege geben, dafür müssen genügend Parkplätze da sein – sind Umwidmungen von Straßen für gewöhnlich auch mit baulichen Veränderungen verbunden. In mehreren Straßen in dem genannten Bereich sind zum

Beispiel erhöhte Gehwege mit Bordsteinen vorhanden, aus diesem Grund müsste hier viel Geld für einen Umbau in die Hand genommen werden.

Der Standpunkt der Verwaltung in Bezug auf verkehrsberuhigte Bereiche ist daher klar: Man sollte dann über die Einrichtung von weiteren Spielstraßen nachdenken, wenn die betreffenden Straßen oder Straßenzüge ohnehin saniert werden sollen, damit die Wege nicht doppelt aufgerissen werden. So steht es auch im Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Viele Gemeinderäte fühlen sich von dem Ergebnis vor den Kopf gestoßen. „Thema verfehlt“, lautet das Urteil von Jochen Breutner-Menschick (Grüne). „Uns ging es um ein Konzept, nicht um das Aufstellen von Schildern.“ Dennis Metzulat (SPD) sieht es genauso: „Unser Ziel war es ja gerade, dass wir nicht immer kleinteilig diskutieren, sondern das ganzheitlich betrachten.“ Vor allem sei es nicht nur um verkehrsberuhigte Bereiche gegangen, sondern auch um andere Themen,

beispielsweise das Einrichten von autofreien Zonen. „Der Vorschlag greift mir daher zu kurz.“ Vor allem das Fokussieren auf einzelne Straßen seitens der Verwaltung, wo eine Verkehrsberuhigung nicht möglich sei, stört ihn. „Wir wollen uns hier nicht an einer einzelnen Straße aufhängen, sondern überlegen, was wollen wir eigentlich in unserer Innenstadt?“

Das allerdings könne die Verwaltung in der derzeitigen Aufstellung und bei den vielen Großprojekten nicht leisten, so der Bürgermeister Wolfgang Faißt (Freie Wähler). Daher der Vorschlag, jede Straße individuell zu betrachten, wenn es an der Zeit ist. Seine trockene Antwort auf die Frage, was passiert, wenn der Gemeinderat den Vorschlag ablehnt: „Dann können wir es trotzdem nicht machen, weil wir das Personal nicht haben.“

Die betroffenen Fraktionen, die den Antrag gestellt hatten, zogen ihn daher noch einmal zurück. Ende 2024 wollen sie das Thema erneut vorbringen. Thomas Mauch von der SPD schlug ergänzend vor, auch außerhalb der Verwaltung nach Konzeptideen zu suchen, beispielsweise über eine externe Machbarkeitsstudie oder eine Ideenschmiede.



Wie lässt sich die Aufenthaltsqualität in dem Gebiet westlich der Bahnhofstraße verbessern? *Foto: Holger Leuchte*